

# **STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL**

**der 03. Sitzung der**

**XXI. Gesetzgebungsperiode**

**des**

**Burgenländischen Landtages**

**Dienstag, 21. Juli 2015**

**10.04 Uhr - 14.59 Uhr**

## Tagesordnung

- 1.
- 2.
3. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden;
- 4.
- 5.

## Verhandlungen

**Bericht** des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kvasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 3), mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden (Zahl 21 - 3) (Beilage 12);  
Berichtersteller: Robert H e r g o v i c h (S. 138)  
Redner: Manfred K ö l l y (S. 139), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 143), Gerhard K v a s i t s (S. 144), Mag. Christian S a g a r t z, BA (S. 146), Robert H e r g o v i c h (S. 149) und Landeshauptmann Hans N i e s s l (S. 151)  
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 157)

**3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 3), mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden (Zahl 21 - 3) (Beilage 12)**

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, Beilage 3, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden, Zahl 21 - 3, Beilage 12.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

**Berichterstatter Robert Hergovich:** Danke Herr Präsident! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden, in seiner 1. Sitzung am Freitag, dem 17. Juni 2015, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das

Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Berichterstatter. Happy Birthday! Ich erteile dem Abgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Manfred Kölly (LBL):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Glückwünsche. Ich fühle mich pudelwohl muss ich sagen, in dem Alter auch noch und bin mit voller Begeisterung für das Land unterwegs und denke, das ist gut so.

Herr Präsident! Hohes Haus! Frau Landesrätin, sie ist nicht mehr da, die Frau Dunst, aber sie wird mich sicher hören oder ihre Mitarbeiter werden ihr das noch einmal klar sagen können und auch das Protokoll vielleicht vorspielen.

Ich habe gesagt, dass der Herr Hautzinger als Wirtschaftskammerpräsident sehr wohl miteinander arbeiten wird können, muss sogar, wie wir alle miteinander für das Land Burgenland arbeiten müssen. Das habe ich gesagt, aber was ich noch gesagt habe, und dazu stehe ich, dass ich sage, du, Herr Hautzinger oder Landwirtschaftskammer, wenn du nicht tust, so wie wir wollen, dann bekommst du keine 2,3 Millionen Euro. Auch das ist im Protokoll nachzulesen und dies will ich richtigstellen. Mehr habe ich nicht dazu zu sagen, und will ich auch nicht.

Aber Frau Kollegin Sack, ich bin überrascht gewesen wie ich die Rednerliste gesehen habe, über das Thema 15a Vereinbarung. Keine einzige Bürgermeisterin oder Bürgermeister hat sich eigentlich zu diesem Thema zu Wort gemeldet. Wo wir gerade als Bürgermeisterin und Bürgermeister immer wieder damit konfrontiert sind und immer wieder auch damit befasst werden. *(Abg. Edith Sack: Das nächste Mal sage ich Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, weil wir sind genauso damit befasst.)*

Frau Kollegin Sack, in der Liste Burgenland gibt es zwei Bürgermeister, in der Sozialdemokratischen Fraktion gibt es auch Bürgermeister, genauso in den anderen, außer bei den Grünen und bei den Freiheitlichen, da gibt es das nicht. Daher ist es schwierig dort mit denen so zu reden, weil man nicht wirklich aus der Praxis und aus der Erfahrung spricht. *(Abg. Edith Sack: Ich komme auch aus der Praxis und aus der Erfahrung. Seit 30 Jahren bin ich in Tadtten im Gemeindevorstand)* Frau Kollegin Sack, lassen wir es so stehen, ich bin zweimal drangekommen, haben Sie gesagt, heute. *(Abg. Edith Sack: Na mir brauchen Sie doch nichts erzählen.)* Ja ich habe kein Problem damit.

Ich habe ein Problem insofern damit, weil ich Verantwortung trage und viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wissen worum es geht. Und ich komme nicht davon weg, es gibt dann einen Gratiskindergarten, wenn wirklich alles abgedeckt ist seitens des Landes, Bundes, egal wie auch immer, aber nicht nur die Gemeinde immer am Gängelband ist. Man beschließt in der Regierung, das sollten Sie ja wissen, es gibt

Regierungsbeschlüsse, die sagen ganz einfach, wir beschließen das und die Gemeinden haben das abzudecken und das stört mich in dieser Situation.

Ich muss dazu sagen, es ist in der Vergangenheit auch sehr viel passiert. Man darf ja nicht sagen das ist alles schlecht gewesen, was da gemacht wurde. Im Gegenteil, und ich bin nicht einer, der immer nur das schlechtredet oder sieht, sondern der sagt, die Realität zählt und ich brauche nicht politisch für irgendwen laufen oder tun.

Oder Entschuldige, wenn ich das noch einmal betone, wir sitzen hier im Landtag, um das Land, die Bevölkerung die uns gewählt hat, auch zu vertreten. Wenn es dort und da Probleme gibt, dann müssen wir sie diskutieren. Aber so ehrlich und offen müssen wir sein, auch bei der FPÖ. Ich komme zu diesem Tagesordnungspunkt heute, wo ich mich wundere, weil ein Antrag hier eingelaufen ist, wo man sagt den Vizepräsident des Landtages schafft man ab. Na klar, ich habe da überhaupt kein Problem, das war auch immer unsere Forderung, Sparmaßnahmen, et cetera.

Nur ich bin verwundert, die FPÖ hat einen Antrag eingebracht, am 22.9.2014: Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung zur Abschaffung des Amtes des geschäftsführenden Präsidenten des Landesschulrat und Übernahme der Kompetenzen durch das für Bildung zuständige Mitglied der Landesregierung.

Ja dann tun wir gleich den Landesschulratspräsidenten auch gemeinsam mit abschaffen. Ich hoffe, Ihr stimmt da mit. Wir werden in diese Richtung auch einen Antrag formulieren und einbringen, vielleicht gemeinsam mit der ÖVP oder mit anderen Oppositionsparteien.

Die Frau Kollegin bei den Grünen lacht da immer, weil Sie von Tuten und Blasen anscheinend da keine Ahnung hat noch in der ganzen Geschichte. Ich sage Ihnen eines, Frau Petrik ... (*Unruhe bei der SPÖ – Abg. Doris Prohaska: Das ist jetzt aber schon ein Ordnungsruf, Herr Präsident! – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Ich entschuldige mich, ich entschuldige mich, aber Frau Petrik, Sie sollten einmal wirklich nicht nur einen Monat Job-Hopper sein, sondern gehen Sie wirklich vernünftig in eine Arbeit, wo Sie dann sagen können, jetzt habe ich Erfahrung gesammelt.

Ich kann nicht einen Monat beim Hutter Gerhard in Sauerbrunn gewesen sein und ja das war es und dann kenne ich mich jetzt in der Gemeinde aus, dann kenne ich mich überall aus. Das ist nicht so, auch wir haben Erfahrung sammeln müssen. Alle wie wir da sitzen, und viele müssen es noch. Muss ich auch dazu sagen, da habe ich ja kein Problem.

Ich bin gerne bereit, auch mein Wissen dort einzubringen und zu sagen, es ist gut, es ist nicht gut. Aber ich stehe immer noch dazu, dass wir im Land eine vernünftige Politik machen. Es ist vieles gelungen in den letzten Jahren, muss man dazu sagen, aber auch viele Baustellen sind offen und das muss man auch klar sagen.

Ich hoffe, dass man sie gemeinsam schließen können. Auch mit Ihnen, von den Grünen. Tut mir leid, wenn ich das so sagen muss und nicht immer mit irgendwo gescheiterten Reden daher kommen und von der Praxis eigentlich weit entfernt bin. Das muss man einmal klar und deutlich sagen.

Ich bin sehr skeptisch jetzt bei diesen Anträgen von Rot und Blau. Na logisch, muss man sein. Jetzt tauschen wir alles wieder aus, jetzt machen wir wieder dort das, was eigentlich immer (*Abg. Ilse Benkö: Wir haben nichts ausgetauscht.*) in der Opposition kritisiert wurde, macht jetzt die FPÖ auf der anderen Seite.

Ich habe ja kein Problem damit, ich verstehe es ja, weil es ja überall so war. Wenn ein Schwarzer ein Innenminister war oder Innenministerin, hat man die Polizei umgedreht. Wenn das auf der anderen Seite war, wo der Herr Darabos gesessen ist, im Verteidigungsministerium, hat man geschaut natürlich, dass man dort die Leute unterbringt. *(Abg. Ilse Benkö: Das stimmt ja nicht.)*

Na es ist so in der Politik und so offen und ehrlich müssen wir damit umgehen. Das ist so. *(Abg. Ilse Benkö: Herr Kollege Kölly, das stimmt ja nicht, wir haben ja nicht ausgetauscht.)*

Aber Frau Kollegin Benkö, was ist das für ein Antrag da, und den werden wir wahrscheinlich die ganze Periode, wenn wir es durchhalten, die ganze Periode, immer wieder darauf hinweisen, dass Sie solche Anträge eingebracht haben und jetzt bin ich neugierig, wie Sie abstimmen werden. Ob Sie nicht auch für den Antrag sind, dass man beides gleich macht, dass man beides gleich durchzieht, dass man sagt, Vize- und auch gleich den Präsidenten.

Entschuldigung, seid mir nicht böse, und wenn ich da lese in dem Antrag, wie gut dotiert der Herr Landesschulratspräsident ist. Das schreibt Ihr ja selber rein in den Antrag, das ist ja sehr interessant. Ihr schreibt hier, wenn Ihr es Euch das durchgelesen habt, ein sehr hochdotierter Posten. Warum kann man das nicht anders lösen, dass das in der Kompetenz von Herrn Landeshauptmann ist, mit einem Büro, und der Fall ist erledigt. Da würde man sich einen Chauffeur ersparen, ein Auto ersparen und viele Dinge mehr könnte man einsparen.

Wir haben es verabsäumt, dass man vielleicht zwei Landesräte eingespart hätte, das hat man verabsäumt. Das wäre auch unser Wunsch gewesen, aber ist uns nicht gelungen, aber vielleicht kommt es noch. Aber genau das ist, wo ich immer sage, wenn ich dann in einer Verantwortung bin denke ich anders, handle ich anders.

Man sollte aber auch offen und ehrlich damit umgehen, Frau Kollegin Benkö, und wir wissen das, wir waren lange genug in Opposition, und Ihr selbstverständlich auch, wo man sagt, das und das gefällt uns nicht, das und das sollten wir ändern, und dafür hat es die Anträge gegeben. Die Anträge werden Euch einholen, das ist einmal so. Ist ja keine Frage.

Wenn sich jetzt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter herstellt und sagt, ich denke jetzt ein bisschen anders, weil, jetzt habe ich gesehen, dass die Frau Michaela Resetar doch nicht so schlecht gearbeitet hat. Jetzt kommt er drauf, in einer Opposition hat er sich das nicht angeschaut, was die geleistet hat?

Sie hat auch etwas geleistet, gar keine Diskussion, und sehr positive „Geschichterln“, aber nicht alles ist halt zum Befürworten gewesen, was die Opposition gesehen hat. Oder, wo die Frau Resetar gar nicht können hat, weil ihr der Herr Landeshauptmann gesagt hat, njet, da tun wir nicht mit, da darfst du nicht mittun.

Jetzt ist es ein bisschen offener, jetzt ist es ein bisschen freier, das Spiel und ich hoffe, wir können das gemeinsam meistern, dass wir viele Punkte in diesem Land, viele Punkte in diesem Land wirklich umsetzen können, was auch die Opposition damals vorgeschlagen hat. *(Abg. Ilse Benkö: Da war die Ressortverteilung eine andere.)*

Das müssen wir uns anschauen. Das schauen wir uns gemeinsam an und sagen, das ist okay, das machen wir jetzt. Das können wir wirklich drehen, das können wir auch ändern. Daher mein Vorschlag, gleich mit einem Aufwischen den Präsident und den Vizepräsident weg und dann bin ich neugierig was die Bevölkerung dazu sagt. Die wird sagen, „wow“ da tut sich etwas, endlich einmal, da kommt was in Schwung. Da wird sich

keiner irgendwie wehtun, auch nicht bei den Sozialdemokraten, auch nicht von der Freiheitlichen Partei und von mir schon gar nicht.

Wir werden sagen, super da schau her, es bewegt sich doch was in diesem Land. Das wäre unser Ziel, dass man das einmal macht. Wenn ich denke wie es zugeht im Landesschulrat, möchte nur ein paar Punkte aufzeigen, bis jetzt weiß keine Pädagogin oder kein Pädagoge, es sind ja Pädagoginnen muss man ja sagen, es gibt ja fast keine männlichen Pädagogen mehr in der Neuen Mittelschule oder Volksschule, das ist ja auch interessant, dass sich das so entwickelt hat, aber soll so sein.

Wenn man jetzt fragt, weiß du schon in welcher Schule du unterrichten wirst in der nächsten Zeit? Das weiß ich nicht, warum weiß ich das nicht? Dann komme ich drauf, und jetzt rede ich wieder von Deutschkreutz, weil ich dort die Verantwortung trage, liebe Freunde von der Grünen Fraktion, weil ich auch dort Verwalter der Schule bin und Erhalter der Schule, muss ich mich damit auseinandersetzen, weil ich schauen muss, wer macht Nachmittagsbetreuung?

Oder wird jetzt eine Pädagogin abgezogen, die einen Job bekommt endlich in Lockenhaus oder was weiß der Teufel. Nein, bei mir sitzt jemand, die gestern fertig geworden ist oder vor ein paar Monaten und kommt nach Deutschkreutz. Viele DeutschkreutzerInnen die schon lange auf einen Job warten, bekommen ihn nicht, wissen gar nicht wo sie hin können.

Das verstehe ich nicht und auch dort gehört der Hebel angesetzt und das wissen Sie als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr wohl und da muss ich dazu stehen. Das tut oft weh, dass ich sage, liebe Freunde da stimmt etwas nicht und rufen Sie an im Landesschulrat, die werden Ihnen das sagen können.

Wissen Sie was der sagt, das geht Sie gar nichts an, Herr Bürgermeister, das ist unsere Sache. Das will ich ändern, denn wir erhalten diese Schule, das kostet viel Geld. Viele finanziellen Mitteln werden aufgestellt, aber das Personal oder die Pädagoginnen und Pädagogen wollen ja endlich wissen, wo muss ich mich hin richten, in welche Schule komme ich und nicht am letzten Tag noch vielleicht geschwind noch in Lockenhaus zu sein oder in Mannersdorf zu sein oder in Deutschkreutz zu sein oder in Horitschon zu sein.

Ich spreche jetzt aus Erfahrung aus unserem Bezirk. Das muss man auch in Angriff nehmen. Herr Landeshauptmann, volle Unterstützung von mir, dass man sich das anschaut, dass man das gemeinsam macht, weil das einfach nicht mehr so geht.

Da gibt es Namen, die sich gemeldet haben schon seit Jahren, dass sie das machen wollen und kommen nicht zum Zug, vielleicht weil eine „Kölly Tanja“ heißt. Das ist auch eine Möglichkeit, ich sage das mit dieser Deutlichkeit was da passiert. Die wartet schon lange, hat alle Ausbildungen und ist in Wien und hat keine Chance herunter zu kommen.

Das sind die Dinge, die wir angehen wollen, wo man gemeinsam sagt, das kann es ja nicht geben, dass ich nur wegen dem Parteibuch den Job bekomme oder nicht. Die kommt gerade aus der Ausbildung, hat sofort einen Job in Deutschkreutz, das muss man sich einmal vorstellen und die andere fährt von Rattersdorf herauf, die andere ist eine Deutschkreutzerin muss nach Wien fahren.

Wo ist die ökonomische Denkungsweise von unseren Herren dort drüben, oder von der Regierung? Das will ich Euch ans Herz legen, das kann es ja nicht sein. Daher - mir ist das egal ob das ein Roter, Schwarzer, Grüner oder was weiß ich was ist. Er muss ja seine Qualität sowieso haben, weil, anders geht es ja nicht. Er ist ausgebildet, er muss



dauernd Kurse machen, er muss sich weiter bilden. Daher klar und deutlich, wenn ein Antrag heute oder irgendwann hinein kommt, dass man beide gleich abschaffen soll, bin ich sofort dafür und dann kann man Zeichen setzen für die Bevölkerung.

Herr Kollege Geza Molnár, Sie müssen ein bisschen zuhören immer wieder, denn Sie gerade – Sie hören mir wahrscheinlich wieder nicht zu - solche Dinge die der Herr Ex-Landtagspräsident gesagt hat, da muss man schon aufpassen, wie man damit umgeht und was man sagt. Auch Ihr solltet Verantwortung auch als Bürgermeister oder Vizebürgermeister haben, wo man sich wirklich Gedanken machen muss. Mehr sage ich jetzt nicht mehr dazu und viele Dinge gehören einfach in der Zukunft anders angegangen.

Da wünsche ich mir, dass die neue Regierung ein offenes Ohr hat, da wünsche ich mir, dass man viele Dinge anspricht, aber nicht jetzt einzelne heraus pickt und dann wieder sagt, das ist ein Schwarzer, den schiebe ich auf die Seite und bei den ganzen Verbänden und den ganzen Situationen, die wir derzeit noch immer haben, denkt keiner nach.

Geht in die Verbände hinein, wie dort besetzt ist. Geht dort hinein und schaut, was sich dort abspielt und dann können wir darüber diskutieren wie man den weiteren Weg geht. Proporz ist abgeschafft, aber nur im Land. Proporz ist in Gemeinden nicht abgeschafft, Proporz ist in den Verbänden nicht abgeschafft, da sagt man einfach das sind Gemeindeverbände.

Ja, Gemeindeverbände hin oder her. Dort hat man noch immer diese Proporzbesetzung und das muss man auch in Angriff nehmen und genauso wie hier einfach einmal sagen, qualifizierte Leute sollen ihren Job haben, sollen gut bezahlt werden, das muss man auch dazu sagen, dann werden sie auch ihre Leistung bringen.

In diesem Sinne denke ich, werde ich diesem Antrag natürlich nicht so zustimmen können wie er da vorliegt. Danke

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Ich darf ersuchen bei allen Wortmeldungen die Würde des Hauses (*Abg. Manfred Kölly: Ich habe mich entschuldigt.*) zu achten.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Spitzmüller.

Ich erteile sie ihm.

**Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE):** Danke Herr Präsident! Geschätzte Kollegen, Kolleginnen! Liebe Gäste auf den Zuschauerrängen! Es geht um einen Sammelantrag mit sage und schreibe 16 verschiedenen Gesetzespunkten, die mehr oder weniger miteinander zu tun haben.

Meiner Meinung nach, unserer Meinung nach, ist dieser Sammelantrag in mehrfacher Hinsicht fragwürdig und undemokratisch. Ich habe mein Unverständnis über diesen Antrag betreffend des Wirtschaftsförderungsgesetzes zum Beispiel bereits im Ausschuss kundgetan. Ich verstehe nicht, was manche Punkte in diesem Sammelantrag zu suchen haben. Auch des Abfallwirtschaftsbeirates zum Beispiel, die Abschaffung des Landesschulrats-Vizepräsidenten, passen eigentlich von der Thematik her nicht in den Sammler.

Gesetzesänderungen machen schon Sinn, wenn man sie sammelt, wenn sie sehr ähnlich sind. Das betrifft ja viele Punkte aber nicht alle. Selbst wenn manche Gesetze hier eben eine Gemeinsamkeit haben, dann sind sie trotzdem noch fragwürdig, denn es geht eigentlich um eine Umfärberei.

Manfred Kölly hat es kurz angesprochen. Da werden vor allem in erster Linie die diversen Beiräte umgefärbt, der Landtag nicht wie früher nur theoretisch sondern sogar praktisch ausgeschlossen. Die Regierung ändert die Zusammensetzung einfach wie es ihr passt und macht damit Beratung, Kontrolle und Transparenz schwierig bis unmöglich.

Andere Beiräte werden gänzlich aufgelöst. Die Begründung war im Ausschuss - sie haben in der Praxis nicht getagt, interessantes Argument. Ähnliches geschieht beim Landesschulrat. Entgegen der eigenen Forderung im Regierungsübereinkommen Zitat: „Das Regierungsübereinkommen fordert eine moderne Bildungsdirektion mit schlanken Strukturen an Stelle des Landesschulrates (nur mehr ein Bildungsdirektor).“ Das steht so im Regierungsübereinkommen. Was machen wir heute? Wir schaffen den logischerweise schwarzen Vizepräsidenten ab. Wozu schreibt Ihr Euch ein Regierungsübereinkommen, wenn Ihr es dann nicht einhaltet?

Der Raumplanungsbeirat glaube ich, ist ein sehr wichtiger Beirat. Auch hier, alle die hier sitzen sind von (*Abg. Ilse Benkö: Step by Step.*) den burgenländischen Wählern und Wählerinnen gewählt und haben ein Recht in den Beiräten zu sitzen. Im Übrigen bin ich drauf gekommen, dass der Raumplanungsbeirat zweimal im Gesetz mit Paragraph 6 angesprochen wird.

Sammelanträge mögen schon Sinn machen, in dem Fall machen sie eindeutig keinen Sinn. Wir werden deshalb den Antrag auf getrennte Abstimmung fordern, vor allem auch deswegen, weil uns sonst ja die Möglichkeit genommen wird, bei einem Antrag zuzustimmen und beim anderen Antrag nicht zuzustimmen.

16 auf einmal ist zu viel, vor allem wenn die Anträge teilweise genau null miteinander zu tun haben. Dankeschön. (*Beifall bei den GRÜNEN*)

**Zweiter Präsident Ing. Rudolf Strommer:** Danke Herr Abgeordneter. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein paar Worte zur schwer an „Abwahl-Fieber“ leidenden Ex-Landesrätin. Wenn Sie sich daher stellen und ... (*Abg. Maga. Michaela Resetar: Was? An was, ich habe es nicht verstanden?*) An „Abwahl-Fieber“ leiden Sie scheinbar. (*Abg. Maga. Michaela Resetar: Abwahl? – Abg. Doris Prohaska: Fieber.*)

Wenn Sie sich daher stellen und sich als Retterin einer Polizeiinspektion präsentieren wollen, dann muss ich Ihnen schon eines sagen, Sie gehören jener Partei an, die seit 15 Jahren eine Polizeiinspektion nach der anderen, speziell im grenznahen Raum, zusperren. (*Beifall bei der FPÖ, SPÖ und GRÜNE*)

Dass es heute möglich ist (*Abg. Mag. Franz Steindl: Da war Rot und Blau genauso dabei, in unterschiedlichen Konstellationen.*) dass es heute (*Abg. Mag. Franz Steindl: Das muss man auch sagen.*) sogar möglich ist, mit Traktoren aus Garagen heraus zu fahren, ohne dass ein Polizist auch nur am Horizont irgendwo erscheint.

Also da sich herzustellen und zu sagen, ich habe eine Polizeiinspektion gerettet, dann müssen Sie aber konsequenterweise dazu sagen, 400 andere haben wir zugesperrt. Da darf wirklich gelacht werden. Das ist ein Wahnsinn. (*Abg. Walter Temmel: Ihr ward auch dabei.*)

Zur Tagesordnung: Der Antrag, den der Kollege nicht ganz versteht, da von den Grünen. Wenn Sie das lesen und feststellen, dass es um die Beiräte geht, dann werden Sie auch verstehen, warum da Gesetze sind, wo Sie glauben die passen nicht dazu.

Durch die Abschaffung des Proporzsystems ist es nun endlich auch möglich Verschlinkungen in der Verwaltung herbeizuführen, die schon längst überfällig in gewissen Bereichen sind. Gemeinsam mit der SPÖ haben wir nun endlich den ersten Schritt in die richtige Richtung gesetzt.

Durch Abschaffung des Landesschulrats-Vizepräsidenten, wo Sie glauben dass *(Abg. Mag. Franz Steindl: Das ist keine Verschlinkung.)* das nicht mit dem Regierungsübereinkommen in Einklang zu bringen ist - kann ich Ihnen sagen, das ist nur der erste Schritt. *(Abg. Walter Temmel: Den Präsidenten auch gleich.)*

Sie werden uns vielleicht ein bisschen Zeit geben müssen und dann wird diese Bildungsdirektion Wirklichkeit sein. Durch die Abschaffung des Landesschulrats-Vizepräsidenten können Einsparungen von 125.000 Euro pro Jahr getroffen werden, die sich natürlich langfristig auswirken werden.

Auch wenn der eine oder andere meint, dass das nicht sehr viel Geld ist, möchte ich nur darauf hinweisen, dass solche Beträge sehr wohl sehr viel Geld sind, weil man sie für andere Dinge wesentlich besser und effizienter einsetzen kann.

Vor allen Dingen einen Posten zu erhalten wie den Vizepräsidenten, der wie letztens gemeint war, eine Kontrollfunktion hat, da lachen auch die Hühner. Er darf zuhören, ist aber bei der Sitzung nicht stimmberechtigt, was der kontrolliert das tut mir auch weh.

Es soll in Zukunft auch möglich sein, gezielt parteiunabhängige Spezialisten und Experten miteinzubinden. Ein weiterer Effekt ist die schnellere Bearbeitung und Förderung der Genehmigungen. Die Tatsache, dass ein Beirat nur alle paar Jahre einmal tagt, ist ein Zeichen dafür, dass hier keine Relevanz mehr besteht und man muss hier wirklich die Notwendigkeit hinterfragen, auch die Tatsache, dass der Landesschulrats-Vize keine Kompetenzen hatte und schon gar keine Kontrollfunktion hier gegeben ist.

So ganz nebenbei sind, wenn Sie von der Abschaffung oder von der Umfärbelung geredet haben, so ganz nebenbei sind in sieben von elf Beiräten neben den Regierungsparteien auch die ÖVP vertreten. Also ist immerhin die stärkste Oppositionspartei, zumindest mittelbar über diverse Verbände, Kammern und Institutionen, also von einer Umfärbelung überhaupt keine Rede. *(Heiterkeit bei der ÖVP)*

Also von einer Ausschaltung der Opposition kann hier ebenfalls keine Rede sein. Hier geht es eindeutig um die Fortführung des eingeschlagenen Weges, nämlich der Abschaffung des Proporz auf allen Ebenen und den haben wir nicht beschlossen, das kann ich Ihnen auch sagen.

Ein Proporz der im Übrigen nicht von uns sondern von der Vorgängerregierung abgeschafft worden ist und jetzt seine Fortführung findet.

Also im Großen und Ganzen ist die Aufregung nicht nachvollziehbar, die da über diese Änderung der Gesetze herrscht, weil es nur um relativ kleine Änderungen geht und es kann nicht sein, dass man den Proporz in der Regierung zwar abschafft aber in den Gesetzen lässt man ihn weiterhin bestehen.

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö** *(die den Vorsitz übernommen hat):* Jetzt ist zu Wort gemeldet Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht eine kurze Replik auf das Gesagte. Kollege Kovasits, Sie haben angemerkt, die letzten 15 Jahre gäbe es Einsparungen bei der Polizei oder vormals schon Gendarmerie und Schließungen von Posten.

Da muss man schon bei der Wahrheit bleiben, dass in dieser Zeit, wenn Sie die ansprechen, Vertreter der FPÖ, Vertreter der SPÖ und Vertreter der ÖVP diese Bundesregierungen gestellt haben. Dass es hier mehrere und meines Wissens keine einzige Welle ohne die Beteiligung einer der drei genannten Parteien gegeben hat, wo man aus unterschiedlichsten Gründen heraus, Polizeiposten geschlossen hat. Tatsache ist, dass hier wohl keine Partei behaupten könnte, sie wäre nicht beteiligt gewesen. *(Beifall bei der ÖVP)* Also die letzten 15 Jahre, das möchte ich nur ganz sachlich anmerken, ohne hier polemisch zu wirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die ÖVP-Fraktion wird einen Abänderungsantrag zum vorliegenden Bericht des Ausschusses einbringen. Wo wir einerseits alle Änderungen, die hier im Beiratswesen getätigt werden, aus dem Gesetzestext nehmen, aber, die Abschaffung des Amtsführenden Präsidenten des Burgenländischen Landesschulrates hinzufügen. Warum ist dieser Abänderungsantrag aus unserer Sicht notwendig?

Ich gebe offen zu, dass es genügend Beiräte und Institutionen gibt, denen ich auch selber angehört habe, wo man die Zweckmäßigkeit, den Bestand und die Zusammenstellung durchaus diskutieren kann. Wenn ich die Einladung des Landeshauptmannes und des Landeshauptmann-Stellvertreters ernst nehmen darf, wo in der Regierungserklärung gesagt wurde, man will Ideen aufgreifen, man will gemeinsam diskutieren und die eine oder andere Idee auch gemeinsam umsetzen.

Dann sehen Sie diesen heutigen Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion als Annahme dieser Einladung, wo wir darüber diskutieren werden, welche Beiräte notwendig sind, welche vielleicht gänzlich abschaffbar sind und wie die Zusammensetzung dieser Beiräte aussehen soll.

Tatsache ist aber, ich möchte hier nicht belehrend wirken, aber Sie haben gesagt, der Regierungsproporz wurde abgeschafft und dementsprechend schaffen wir jetzt auch in den Beiräten und Institutionen den Regierungsproporz ab. Wir führen den Regierungsproporz dort ein. Bisher war bei den meisten Beiräten ja abgestellt auf die Mehrheit in den Landtagen, in den Landtagsfraktionen. Jetzt ist nur mehr abgestellt auf die Regierung. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)* Das ist Proporz, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind ja nicht so blauäugig, würde ich jetzt schon fast sagen, dass wir nicht die Intension dahinter verstehen. Natürlich will man seine Gefolgschaft. Natürlich will man seine Vertrauensleute in diesen Beiräten positionieren. Aber ich denke, gerade wenn man die Schlagkraft vorher angesprochen hat, dann hat sich niemand noch vom Jugendbeirat oder vom Seniorenbeirat oder anderen Institutionen fürchten müssen, als Regierungsmitglied.

Im Gegenteil, ich glaube in den meisten Beiräten wurde überfraktionell gut zusammengearbeitet und das eine oder andere eingebracht, was vielleicht von Regierungsseiten nicht gewünscht war, aber dann doch zu einem positiven Erfolg gebracht hat. Diese Informationsverweigerung, diese politische Säuberungsaktion lehnen wir entschieden ab! *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Ein klares Wort zum Amtsführenden Präsidenten und zum Vizepräsidenten des Landesschulrates. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion ist nicht neu. In anderen Bundesländern wie in Tirol und Vorarlberg ist völlig klar, dass es keiner der beiden Institutionen braucht, weil ein Mitglied der Landesregierung diese Agenden mitübernimmt.

Auch das könnten wir uns für das Burgenland vorstellen. Das wäre möglich, da braucht es vielleicht die eine oder andere personelle Verstärkung im Büro des Herrn Landeshauptmannes. Aber ansonsten wäre das sofort umsetzbar.

Wir würden uns sofort die politische Kontrolle aber auch die politische Einflussnahme durch die Einsetzung eines Amtsführenden Präsidenten ersparen. Wenn man einsparen will, wenn man offen und ehrlich sagt, politische Kontrolle weg, Vizepräsident, aber auch politische Einflussnahme weg, Präsident, dann gehen wir konsequent den gemeinsamen Weg. Stimmen Sie heute für unseren Abänderungsantrag und für ein neues Verteilen der politischen Kontrolle und Macht in diesem Land! *(Beifall bei der ÖVP)*

Ganz kurz ein Rechenbeispiel. Ich habe in der letzten Landtagsperiode öfters darauf Bezug genommen, all Jene die neu sind, denen sage ich es auch gerne heute. Ich war ein miserabler Mathematiker und habe bis heute nicht die Liebe zu den Zahlen entdeckt. Nur ist es ganz spannend, wie da sehr willkürlich hantiert wird.

Steht noch im Vorblatt des eingebrachten Gesetzestextes, dass man sich rund 125.000 Euro im Jahr ersparen kann, dann sind es aus unserer Sicht natürlich eingerechnet mit dem Herrn Präsidenten, mit seiner Entourage, mit seinem Dienstwagen und allen anderen Annehmlichkeiten, die seine Funktion mit sich bringt, wohl rund 300 bis 400.000 Euro in einem Jahr.

Vielleicht sogar mehr, ich werde das in Form einer schriftlichen Anfrage auch erfragen. Muss ehrlich zugeben, ich bin als Mandatar nicht in der Lage zu wissen, welche Ausstattung und welches Personal hier mit einzurechnen ist. Das ergibt für mich 400.000, 500.000 im Jahr. Auf fünf Jahre 2,5 Millionen Euro von denen wir reden. Bis zur Einführung eines Bildungsdirektors, wo man ja noch nicht weiß, welche Gehaltsstufe der erhalten wird, denke ich, könnten wir diese Sofortmaßnahme jetzt treffen und ohne einen Verlust an Qualität, wie gesagt, das könnte alles in die Agenden des Herrn Landeshauptmannes kommen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages verpflichtet mich jetzt zu einer äußerst umfangreichen Leseübung zu kommen. Ich werde nämlich diesen Abänderungsantrag nun verlesen.

Frau Präsidentin!

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Bitte Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP) (fortsetzend):**  
Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen zum Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Kovasits, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Erlassung eines Gesetzes (Beilage 3), mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsförderungsgesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische

Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden (Zahl 21 - 3) (Beilage 12), betreffend die Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden soll.

Der Landtag hat – teilweise in Ausführung der Grundsatzbestimmungen des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl. Nr. 214/1962, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 38/2015, - beschlossen:

## **Artikel 1**

### **Änderung des Burgenländischen Schulaufsichtsgesetzes**

Das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz, LGBl. Nr. 5/1964, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 32/2014 wird wie folgt geändert:

1. *§ 3 entfällt.*
2. *§ 11 Abs. 1 entfällt.*
3. *§ 11 Abs. 3 entfällt.*
4. *Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:*

#### **„§ 11a**

#### **Übergangsbestimmung**

§ 11 Abs. 2 gilt für Personen, die vor dem Inkrafttreten der Novelle LGBl. Nr.xx/20xx die Funktion des Amtsführenden Präsidenten und des Vizepräsidenten ausgeübt haben, sinngemäß.“

5. *Dem § 12 wird folgender Abs. 3 angefügt:*  
 „(3) § 11a in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft; § 3, § 11 Abs. 1 und 3 treten auf Grund des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx mit dem der Kundmachung folgenden Tag außer Kraft.“

## **Artikel 2**

### **Änderung des Burgenländischen Landesbezügegesetzes**

Das Gesetz über die Bezüge der obersten Organe des Landes Burgenland (Burgenländisches Landesbezügegesetz – Bgld. LBG), LGBl. Nr. 12/1998, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 64/2014, wird wie folgt geändert:

1. *In § 1 Abs. 1 entfällt die Wortfolge „dem Amtsführenden Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Landesschulrates für Burgenland“.*
2. *§ 3 Abs. 1 Z 6, Z 11 und Z 13 entfallen.*
3. *In § 4 Abs. 1 entfällt die Wortfolge „- beim Amtsführenden Präsidenten und beim Vizepräsidenten des Landesschulrates mit dem Tag der Bestellung -“.*
4. *In § 10 Abs. 1 Z 3 entfällt die Wortfolge „des Amtsführenden Präsidenten und Vizepräsidenten des Landesschulrates sowie“.*
5. *Dem § 18 wird folgender Abs. 9 angefügt:*  
 „(9) § 1 Abs. 1, § 4 Abs. 1 und § 10 Abs. 1 Z 3 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft; § 3 Abs. 1 Z 6, Z 11 und Z 13 tritt auf Grund des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx mit dem der Kundmachung folgenden Tag außer Kraft.“

Auf die Verlesung des Vorblattes, wurde mir versichert, darf ich verzichten. Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich darf Dir diesen Abänderungsantrag übergeben.

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Klubobmann.

**Abgeordneter Mag. Christian Sagartz, BA (ÖVP)** (*fortsetzend*): Abschließend, nehmen wir die Einladung zur gemeinsamen Beratung und zur Diskussion gerne an. Der eingebrachte Gesetzesantrag von FPÖ und SPÖ war keine Einladung, das war ein Drüberfahren in gelehrter Manier. Ich denke vor allem die Fraktion der FPÖ hat das sehr oft bedauert, hat sehr oft auch gemeinsam mit uns in einer Zeit, wo die absolute Mehrheit in diesem Land durch die SPÖ geherrscht hat, das gemeinsam auch bekämpft.

Das möchte ich hier zu Protokoll geben. Offensichtlich ist diese Zeit wieder eingelehrt. Eine SPÖ-Alleinregierung nur mit blauer Duldung. (*Beifall bei der ÖVP – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin*)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Absatz 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Robert Hergovich. Ich bitte um Ihr Wort.

**Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ):** Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Burgenländische Landtag hat, ich glaube sogar einstimmig, den Proporz hier im Hohen Haus abgeschafft. (*Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Nein!*) Dann mehrheitlich abgeschafft. Heute liegt eine Sammelnovelle dem Hohen Landtag vor, mit einem Ziel, nämlich auch diese Proporzabschaffung bei den Beiräten weiterzuführen. (*Abg. Walter Temmel: einzuführen!*)

Dazu haben wir die bestehenden Strukturen durchforstet und geschaut, was ist noch zeitgemäß, was nicht. Wir haben ein Ziel, nämlich die Gremien schlanker, sparsamer und effizienter zu machen. Heute gibt es unterschiedliche Interpretationen dazu. Da wird plötzlich davon gesprochen, dass jetzt der Proporz plötzlich eingeführt wird. Aber Sie wissen, Herr Kollege, dass, ich weiß, dass Sie das wissen, dass der Proporz, und Sie wissen, was der Proporz ist, aufgrund der Stärke im Landtag vertretenen Parteien entsendet werden.

Nicht jener mit der Regierung. Also lassen Sie schon die Kirche im Dorf. (*Zwiesgespräche in den Reihen der ÖVP-Abgeordneten*) Ich weiß schon, was Sie wollen. Es ist ein Ablenkungsmanöver. Aber das wird Ihnen nicht gelingen.

Ich habe heute auch gehört, auch sehr interessant, dass damit Kontrollfunktionen abgeschafft werden würden. Nur, Frau Kollegin Petrik, das sehe ich Ihnen natürlich nach, Sie sind neu im Hohen Haus und können nicht alles wissen. Aber der Kollege Spitzmüller, der war fünf Jahr hier im Hohen Haus anwesend und er sollte eigentlich schon wissen, dass Beiräte keine Kontrollfunktion haben. Sondern Beiräte ausschließlich beratende Organe für die Landesregierungsmitglieder sind. Nicht mehr und nicht weniger.

Also hier davon zu sprechen, dass Kontrollfunktionen abgeschafft werden, das ist entweder etwas was man bewusst macht, oder was man wirklich nicht weiß, beides ist nicht gut. Ja, Beiräte sind historisch zum Teil gewachsen und konnten die laufenden Entwicklungen manchmal nicht mithalten. Das haben wir angeschaut. Darüber hinaus schlummert weiterhin der Proporz in vielen Beiräten, und das wollen wir ja alle verändern. Das Ziel ist klar, mehr Demokratie und Transparenz, auch beim Bestellungsrecht, das war auch unterschiedlich geregelt. Jetzt wird es so sein, dass die Parteien dorthin entsenden. Davor gab es ein Mischverhältnis zwischen den Klubs und den Parteien. Der maßgebliche Schlüssel ist natürlich das Stärkeverhältnis in der Landesregierung, ist klar.

Das bedeutet generell für die Beiratsbesetzung die Abschaffung des Proporzsystems. Auch hier jetzt bei den Beiräten. Die gezielte Einbindung der unabhängigen Experten und Expertinnen sowie der Zivilgesellschaft. Wir wollen jedenfalls schneller werden und dabei auch kürzere Wartezeiten erreichen. Im Arbeitnehmerförderungsbeirat beispielsweise war das auch schon in der letzten Legislaturperiode umgesetzt. Jetzt folgt die Modifizierung der weiteren Beiräte, nicht mehr, nicht weniger.

Wenn ein Beirat nur alle paar Jahre hin und wieder tagt, und dort wird nur berichtet, da muss man schon die Existenzberechtigung hinterfragen. Daher haben wir Karteileichen, die eigentlich nur Verwaltungsaufwand und dergleichen betrieben haben, auch besprochen, und das ist auch kein Tabu mehr. Daher werden sich der Energiebeirat, der Abfallwirtschaftsbeirat und der Musikbeirat sich nicht mehr wiederfinden.

Die Änderung im Schulaufsichtsgesetz, das ist ein Signal, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sparsamkeit die diese Regierung auch entsendet. Da wollen wir auch an Taten gemessen werden. Es ist interessant, wenn wir sagen wir machen dies oder jenes. Dann heißt es, ja schauen wir uns einmal an was ihr macht.

Jetzt machen wir es, das wird auch kritisiert, also das ist auch auffällig und hier sollte man schon auch Farbe bekennen. Denn Sie wissen, es gibt ausschließlich in fünf Bundesländern die Verpflichtung des Vizepräsidenten auch durchzuführen und zu haben. Wir haben uns diesen Luxus im Burgenland immer geleistet. Der Landesschulratsvize ist ein klassischer Proporzposten der heute auch abgeschafft wird.

Wir wollen eine moderne Bildungsdirektion. Die Abschaffung des Vizepräsidenten ist der erste Schritt, viele weitere werden noch folgen. Wir sparen, und das ist heute auch schon einige Male diskutiert worden, wir sparen damit 625.000 Euro in dieser Legislaturperiode ein und das ist wichtig. Dieses Geld soll ins Klassenzimmer anstatt in die Verwaltung fließen und das ist, so glaube ich, wichtig für unsere Schülerinnen und Schüler.

Die Änderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes, das ist relativ schnell diskutiert, hier wird WiBAG durch WiBuG ersetzt. Damit passen wir an die beschlossene Änderung im Feber 2015 an und außerdem wird die Förderkommission von sechs auf fünf Personen verkleinert, da die Zuständigkeit Tourismus und Wirtschaft bei einem Regierungsmitglied nunmehr zusammengefasst ist.

Ja, es ist schon interessant, dass hier plötzlich der Vizepräsident als Kontrollfunktion skizziert wird, denn das ist keine Kontrollfunktion. Das ist ein Proporzposten! Denn wäre es eine Kontrollfunktion, dann hätte es nie die ÖVP haben dürfen, sondern müsste er ja der größten und stärksten Oppositionspartei im Landtag zustehen.

Also ich glaube, da entlarven Sie sich schon ein wenig selber (*Beifall bei der SPÖ und der FPÖ*) Es hat überhaupt den Anschein, wenn es um Macht und Kontrolle und Auslegung von Kontroll- und Proporzsystemen geht, dann ist es so, dass die ÖVP immer schaut wo nutzt es mir, wo schadet es mir und so wird Macht und Kontrolle ausgelegt, das ist kein guter Stil.

Ich finde, dass das nicht gut ist. Auch die Abschaffung des Präsidenten ist ja heute nur ein Ablenkungsmanöver zu dieser Novelle, (*Abg. Walter Temmel: Das ist ernst gemeint!*) denn Sie würden ja damit den Landesschulrat ins absolute Chaos stürzen, Herr Kollege Sagartz. Sie würden den Landesschulrat in ein absolutes Chaos stürzen. Wie würde es im September funktionieren, wenn plötzlich der Präsident abgeschafft wird?



*(Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP-Abgeordneten)* Also ich glaube, wir brauchen kein Chaos, wir brauchen Stabilität für unsere Pädagoginnen und Pädagogen, wir brauchen Stabilität für unsere Schülerinnen und Schüler und das ist auch wichtig. *(Abg. Mag.<sup>a</sup> Michaela Resetar: Wie in Tirol und Vorarlberg!)*

Wir werden daher dieser Sammelnovelle zu mehr Sparsamkeit, zu mehr Effizienz, zu mehr Transparenz und Demokratie sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Klubobmann. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Hans Niessl.

Ich bitte um Ihr Wort, sehr geschätzter Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich darf vielleicht zu einigen Fragen, die hier gestellt wurden, oder Ausführungen Stellung nehmen. Es wurde unter anderem gesagt, die Lehrer wissen nicht, wo sie am Schulanfang unterrichten.

Ich darf dazu sagen, dass wir 4.300 Lehrer im Burgenland haben. Dass 99 Prozent natürlich wissen wo sie unterrichten, dass ein Prozent das wahrscheinlich nicht weiß. Warum nicht weiß? Weil wir damit jedes Jahr im Sommer konfrontiert sind, dass Pädagoginnen und Pädagogen zum Beispiel sagen, dass sie in den Ruhestand treten.

Dann gibt es wieder Veränderungen, Versetzungen, Neueinstellungen und es geht eben in diese Richtung. Der zweite Punkt ist, dass es natürlich auch über den Sommer passieren kann, dass es eine Schwangerschaftsmeldung gibt, dass wieder eine Kollegin ausfällt, dass das wieder mit Versetzungen zu tun hat, oder dass es Langzeitkrankenstände gibt.

Das sind die drei Indikatoren, wie gesagt, von den 4.300 Lehrern wissen es 99 Prozent, ein Prozent nicht und das hängt damit zusammen, dass es Langzeitkrankenstände, Pensionierungen und Ähnliches gibt.

Der zweite Punkt ist die Bildungsdirektion. Ja, das ist richtig, das steht im Koalitionsübereinkommen und wir haben wieder einen sehr großen Schritt zu modernen Verwaltungsstrukturen gemacht, denn sobald der Bund die Bundesgesetze ändert, wird es bei uns sofort die Bildungsdirektion mit einem Bildungsdirektor geben. Es muss einen Verantwortlichen in jedem Bereich geben, denn umgekehrt könnte ich ja genauso sagen, schaffen wir alle Abteilungsvorstände in der Landesregierung ab, dann ist keiner für die Abteilung verantwortlich.

Also, das ist der Grund, warum wir noch den Präsidenten des Landesschulrates haben. Wir wollen eine Bildungsdirektion und in dieser Bildungsdirektion soll nicht nur der Landesschulrat sein, sondern dort drinnen sollen natürlich auch die Kompetenz und die Zuständigkeit für die Fachhochschulen sein, für die Kindergärten sein, für den gesamten Bildungsbereich.

Wie wir das als Vorstufe im Ressort schon gemacht haben, soll es dann verwaltungstechnisch ebenfalls erfolgen und dann heißt der Landesschulratspräsident nicht Präsident, sondern Bildungsdirektor und hat für den gesamten Bildungsbereich natürlich die operative Verantwortung. Damit haben wir durch das Zusammenfassen die modernsten Strukturen im Bildungsbereich in Österreich geschaffen. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Ich muss auch auf das Aufgabengebiet eingehen, was vielleicht auch nicht allgemein bekannt ist. Der Präsident des Landesschulrates - wahrscheinlich werden Sie

es wissen - wie viele Aufgaben er hat. Ich darf es trotzdem noch einmal erwähnen. Wir haben im Burgenland immerhin 267 Schulen. 267 Schulen, ich habe es schon gesagt, 4.361 Lehrer und 31.831 Schüler.

Also insofern ein großes Aufgabengebiet. Da sind die Professoren der Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschule und so weiter nicht dabei, das Ganze kommt natürlich noch dazu. Die KindergartenpädagogInnen sind nicht dabei, dort haben wir auch über 1.000, 1.068 KindergartenpädagogInnen. Das alles soll in die Bildungsdirektion reinkommen und der Bildungsdirektor wäre dann dafür zuständig. Nachdem wir die Bildungsdirektion nicht haben, vom Gesetz her nicht haben müssen, mache ich die Verantwortlichkeit vom Kindergarten bis zur FH und PH und der Präsident des Landesschulrates ist für diese 4.300 Lehrer zuständig und eben für 267 Schulen.

Das ist ein großer Verantwortungsbereich, wo er verantwortlich ist. Sagen Sie mir eine Abteilung mit 4.300 Mitarbeitern, mit 31.000 Schulen und 267 Schulen, die keinen Verantwortlichen haben.

Das geht praktisch nicht und wenn Sie sagen, ja, in Tirol und Vorarlberg gibt es auch einen politisch Verantwortlichen. Stimmt schon, dann mache ich nur den Landesschulrat und nicht die FH, die PH, den Kindergarten, den gesamten Bildungsbereich und noch vier, fünf andere Schwerpunkte im gesamten Politikbereich des Burgenlandes.

Wir setzen auf Qualität, da brauchen wir auch unseren Präsidenten des Landesschulrates oder Bildungsdirektor. Wir sind keine Verwalter, wie vielleicht andere Bundesländer, wir sind Gestalter und haben eine Vorreiterrolle und wollen die beste Qualität haben und dafür ist er auch verantwortlich. *(Beifall bei der SPÖ und der FPÖ)*

Wenn wir von Einsparungen reden, da bin ich immer dafür, weil das Steuergeld sparsam, wirtschaftlich, zweckmäßig eingesetzt werden muss. Was haben wir getan? Da werden Sie auch kein einziges Bundesland in Österreich finden, das so effizient eingespart hat wie das im Burgenland der Fall ist. Was haben wir in der Vergangenheit eingespart? Der Landesschulrat hat 80 zugewiesene Verwaltungsplanstellen gehabt und jetzt gibt es um 19 weniger.

Das muss mir einmal ein Bundesland zeigen, wo im Verwaltungsbereich 22 Prozent eingespart wurden. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: 18 minus 19 ist minus 1!)* 80 minus 19 im Verwaltungsbereich und bei der Schulaufsicht 35 Prozent eingespart. Also ich bitte, schauen Sie nach im Internet, vergleichen Sie es mit anderen Bundesländern. Wir sind hier österreichweit die effizientesten.

Da bin ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort dankbar, dass das mitgetragen wird, dass wir die gute Qualität in diesem Bildungsbereich haben und dass wir weiter daran arbeiten. Der Präsident ist hier mit- und hauptverantwortlich, diese hohe Qualität mit schlanken Ressourcen auch zu haben.

Was haben wir noch eingespart? Drei Pflichtschulinspektorenplanstellen, vier Fachinspektorenplanstellen, eine Landesschulinspektionsplanstelle, den Wegfall von Bezirksschulräten, von neun Behörden haben wir auf vier Standorte gesetzt, auch das haben wir umgesetzt, also die Reduktion von sieben Bezirksschulinspektoren auf vier Pflichtschulinspektoren.

Ich glaube, dass diese Einsparungen nicht auf Kosten der Qualität gehen, sondern ganz einfach finanzielle Einsparungen im Verwaltungsbereich sind, weil wenn wir bei einer der nächsten Landtagssitzungen auch mitteilen, welche Ausgaben wir im Bildungsbereich machen.

Wir geben für den Landesschulrat, der Bundesbehörde ist, 2,7 Millionen Euro an finanziellen Zuweisungen und wenn man da 35 Prozent, 22 Prozent und so weiter einspart, dann kommt das unmittelbar natürlich auch dem Landesbudget zugute und trotzdem wird dort im Verwaltungsbereich diese hohe Qualität geliefert. Wenn wir jetzt sagen, wir sparen noch weiter ein, dann bin ich bei Ihnen, Frau Abgeordnete, wo Sie sagen, da muss man aufpassen, dass nicht zu viel eingespart wird. Da bin ich auch dagegen.

Ich muss aber zu Ihren Wortmeldungen auch dazusagen, dass die Fachhochschule auch für die Kindergärten Leistungen erbringt. Nicht nur in Form der Bildung und Ausbildung der sprachlichen Frühförderung, sondern, dass auch bei der Fachhochschule KindergartenpädagogInnen angestellt und von dort in die entsprechende Kindergärten zugewiesen werden.

Auch das sind die Synergien, die wir in diesem Bereich durch diese Vorstufe der Bildungsdirektion auch haben, nämlich Synergien zwischen Fachhochschule und Kindergartenpädagogik herzustellen. Die Qualität der Ausbildung, Weiterbildung der KindergartenpädagogInnen ist eine sehr, sehr gute, die auch gerne angenommen wird und wo wir diese Synergien durch den Zusammenschluss auch weiter nützen wollen und auf beste Qualität setzen.

Also insofern wird der Präsident des Landesschulrates diesen wirklich großen Betrieb, diesen großen Schulbetrieb, diesen großen Pädagogikbetrieb, mit 31.000 Schülerinnen und Schülern, mit 4.300 Lehrern in 267 Schulen gut führen, (*Abg. Manfred Kölly: Hat der keinen Vertreter?*) auf Qualität achten. Wir wollen die Nummer eins im Bildungsbereich in Österreich sein und da steht auch der Präsident dazu! (*Beifall bei der SPÖ und der FPÖ*)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Landeshauptmann. Wortmeldungen liegen keine mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich lasse zunächst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Sagartz eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Auf Grund des Verlangens der Landtagsabgeordneten Mag.<sup>a</sup> Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller gemäß § 70 Abs. 6 GeOLT auf getrennte Abstimmung lasse ich zunächst über den Antrag des Berichterstatters mit Ausnahme der Art. 1, 2, 5, 7 und 15 des Sammelgesetzes abstimmen und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. - (*Abg. Christian Illedits erhebt sich zögernd, nimmt dann aber wieder seinen Platz ein. Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist die Minderheit, glaube ich! – Abg. Ing. Strommer: Das ist die Minderheit! – Abg. Walter Temmel: Minderheit! – Abg. Mag. Franz Steindl: Ist schon abgestimmt! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das war zu wenig! Abgelehnt! Ist schon erledigt! Nächste Abstimmung. – Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten. – Abg. Robert Hergovich: Herr Kollege, wir wollen schon wissen, worum geht es jetzt genau! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ein Abgeordneter hat zugestimmt, alle anderen sind sitzen geblieben! So ist es!*) Das stimmt ja nicht! (*Abg. Manfred Kölly: Ist schon erledigt der Fall! – Ing. Manfred Riegler: Das war zweifelhaft! Du kannst wiederholen lassen! – Abg. Robert Hergovich: Frau Präsidentin, kann man bitte wiederholen, was das Ansinnen war? Wir wollen einfach wissen, worum es geht! Frau Präsidentin, kann man bitte nochmals wiederholen? – Abg. Walter Temmel: Warum sollen*

wir wiederholen? – Ing. Manfred Riegler: Du kannst wiederholen, wenn es Dir zweifelhaft erscheint! – Abg. Doris Prohaska: Eine getrennte Abstimmung haben sie eingefordert! – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nur der Präsident ist aufgestanden! – Abg. Doris Prohaska: Eine getrennte Abstimmung haben sie eingefordert – Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, aber sie hat ja schon abstimmen lassen! – Abg. Manfred Kölly: Das ist alles erledigt! – Abg. Robert Hergovich: Frau Präsidentin, kann man bitte nochmal wiederholen, was abgestimmt werden soll? – Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, das ist schon erledigt. – Abg. Mag.<sup>a</sup> Michaela Resetar: Es ist schon abgestimmt. Das pickt. – Abg. Mag. Franz Steindl: Entschuldige, wir sind doch nicht in einem Kindergarten. – Abg. Robert Hergovich: Eben, weil wir nicht in einem Kindergarten sind. – Abg. Manfred Kölly: Auszeit!

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Wir wiederholen gemäß § 73 Abs. 2 diese Abstimmung. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Was ist das für ein Paragraph? Um was geht es da?) Es geht hier um die Abstimmung. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie haben gesagt, gemäß § 73 Abs. 2. Was ist das?)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Gemäß § 73 Abs. 2 GeOLT, Abstimmung. (Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, was sagt dieser Paragraph? – Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Frau Präsidentin, es geht nur darum, dass wir jetzt nicht wissen, was im Paragraph 73 steht und ich glaube, dass es für alle erklärend wäre, wenn Sie die wichtige Passage kurz vorlesen. – Abg. Mag.<sup>a</sup> Regina Petrik: Jedem Abgeordneten steht es frei.)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:**

„§ 73

Abstimmung

(1) Die Abstimmung erfolgt grundsätzlich durch Aufstehen und Sitzenbleiben, außer der Präsident des Landtages ordnet ausdrücklich die Abstimmung durch Handerheben an.

(2) Der Präsident des Landtages kann jedoch nach eigenem Ermessen von vornherein, oder wenn ihm das Ergebnis der Abstimmung“ – und das ist das Wesentliche – „zweifelhaft erscheint, die namentliche Abstimmung anordnen. (Abg. Manfred Kölly: Im vornherein!) Wenn mindestens sechs Landtagsabgeordnete vor Eingang in das Abstimmungsverfahren die Durchführung einer namentlichen Abstimmung verlangen, ist diesem Verlangen ohne weiteres stattzugeben.“ (Abg. Manfred Kölly: Vor Eingang! - Abg. Mag. Thomas Steiner: Heißt das dann, wir machen jetzt eine namentliche Abstimmung? - Abg. Robert Hergovich: Dann würde ich genau auf diesen Punkt hinweisen. - Abg. Manfred Kölly: Ich verstehe die Geschäftsordnung, im vornherein muss es diese Abstimmung werden. - Abg. Robert Hergovich: Schau, das ist genau das Problem, wir haben ja vorhin auch nichts verstanden.)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Es war aber zweifelhaft, da es zwei Tatbestände gibt, und deshalb werden wir die Abstimmung wiederholen. (Abg. Mag. Christian Sagartz, BA: Im § 73 steht das aber nicht drinnen, Frau Präsidentin, mit Verlaub. - Abg. Christian Illedits: Aber wenn es nicht klar ist, um was wir abstimmen. Das haben wir ja letztes Mal schon gemacht. - Zwiegespräche in den Reihen)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Ich unterbreche die Sitzung. Gemäß § 73 Abs. 2 werde ich dann eine namentliche Abstimmung durchführen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 34 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 59 Minuten wieder aufgenommen.)

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile Herrn Abgeordneten Mag. Sagartz, BA das Wort zur Geschäftsordnung.

**Abgeordneter Mag. Sagartz, BA (ÖVP):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Frau Präsidentin! Vor Unterbrechung der Sitzung haben Sie gesagt, dass aufgrund des § 73 GeOLT und insbesondere der Absätze 1 und 2 jetzt eine namentliche Abstimmung angeordnet wird.

Ich habe das jetzt nachgelesen und Sie selbst haben es ja selbst vorgelesen. Meinem Erachten nach ist das ja gar nicht möglich, weil vor der Abstimmung eben dieses Verlangen einlangen muss. Ich ersuche daher um eine kurze Erklärung, weshalb § 73 in dem Fall überhaupt zu tragen kommen sollte. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Gibt es jetzt wieder eine Unterbrechung? - Abg. Mag. Sagartz, BA: Entschuldigung. Die Frage ist, warum der § 73 GeOLT?)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Es liegen zwei Tatbestände vor. Der erste Tatbestand war, dass für mich die Abstimmung eben zweifelhaft erschienen ist und für mich auch zweifelhaft war. Daher kann ich die namentliche Abstimmung anordnen. *(Abg. Mag. Sagartz, BA: Worin lagen also diese Zweifel? Im § 73 Abs. 2 GeOLT?)* Ja. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Worin genau lagen also diese Zweifel? - Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Thomas Steiner: Ist das jetzt so ein Gefühl gewesen? - Abg. Mag. Franz Steindl: Wo sind die Zweifel?)*

Die Zweifel lagen für mich darin, dass das ein Antrag der Regierungsparteien war und dieser Antrag auch angenommen werden soll. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Das ist aber jetzt gut!)* Ich habe diese Zweifel gehabt und deshalb werden wir gemäß § 73 Abs. 2 GeOLT diese Vorgehensweise wählen. *(Allgemeine Unruhe - Ein Zwischenruf aus den Reihen der Opposition: Das ist doch keine Begründung!)*

Gemäß § 73 Abs. 2 GeOLT war, wie bereits erwähnt, für mich die vorige Abstimmung zweifelhaft. Ich ordne daher die namentliche Abstimmung an und ich ersuche zunächst die Bediensteten der Landtagsdirektion die Stimmzettel - versehen mit den Namen - auszuteilen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Ich weiß eigentlich noch immer nicht, um was es hier geht! - Die Stimmzettel werden den Abgeordneten ausgehändigt. - Abg. Manfred Kölly: Das ist aber sehr demokratisch! Wirklich. Ein gelber und ein weißer Zettel! Zwei verschiedene Größen auch noch! - Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Herr Kollege Kölly! Diese Abstimmung ist nicht geheim, sondern nur namentlich. *(Abg. Manfred Kölly: Ich hätte gerne den Namen - handgeschrieben - drauf stehen gehabt! Mit der Hand geschrieben! - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich wiederhole somit folgende Abstimmung: Aufgrund des Verlangens der Landtagsabgeordneten Mag. Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller gem. § 70 Abs. 6 GeOLT auf getrennte Abstimmung, lass ich zunächst über den Antrag des Berichterstatters mit Ausnahme der Artikel 1, 2, 5, 7 und 15 des Sammelgesetzes abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, mit „Ja“ zu stimmen. -

Ich ersuche nun die Bediensteten der Landtagsdirektion die Stimmzettel bitte wieder einzusammeln. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Warum wird jetzt meiner auch eingesammelt? Die Frau Präsidentin hat gesagt, nur die, die mit „Ja“ stimmen. Was wollt Ihr denn jetzt? - Allgemeine Unruhe)*

Es werden selbstverständlich alle Stimmen eingesammelt. Bei der Abstimmung bitte ich um etwas Aufmerksamkeit. Ich habe gesagt: All jene, die mit „Ja“ stimmen wollen, sollen auch mit „Ja“ stimmen. Einzusammeln sind natürlich beide Zettel. Herzlichen Dank. *(Abg. Mag. Sagartz, BA: Es war keine bewusste Fehlinterpretation! Der Kollege hat es nicht gewusst. Das wird man ihm hoffentlich nicht vorwerfen, denn ich hätte es auch nicht gewusst! - Abg. Robert Hergovich: Wie ein Schelm ist ... - Abg. Mag. Sagartz, BA: Wie bitte? Ich hätte gern gewusst, was Du jetzt gesagt hast! Na, Entschuldigung. Der Toni war sich jetzt nicht sicher. Der Kollege, der vor uns gestanden ist. - Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Thomas Steiner: So etwas habe ich auch noch nicht gesehen.)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö** *(nach vorgenommener Stimmenzählung)*: Es wurden 20 „Ja“-Stimmen, 15 „Nein“-Stimmen und eine ungültige abgegeben. Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Wir gehen nun daher wieder in den normalen Abstimmungsprozess. Ich lasse nun über den Artikel 1 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nunmehr über den Artikel 2 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Es folgt nun die Abstimmung über den Artikel 5 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nunmehr über den Artikel 7 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Ich lasse nunmehr über den Artikel 15 des Sammelgesetzes des Antrages des Herrn Berichterstatters abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsfördergesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsfördergesetz, das Bgld. Musikschulfördergesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Bgld. Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbaufördergesetz 2005, das Burgenländische Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden,

ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen. (*Abg. Manfred Kölly: Entschuldigung! Kurze Unterbrechung! Bei der ersten Abstimmung ... - Abg. Gerhard Steier: Das geht so nicht! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Herr Kollege Kölly! Wir befinden uns bei der Abstimmung. Sie haben die Möglichkeit ... (*Abg. Manfred Kölly: Genau! Es geht um die Abstimmung! Bei der Zahl der abgegebenen Stimmen kann etwas nicht stimmen. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sag „Zur Geschäftsordnung“ und dann kannst reden. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Manfred Kölly: Ich melde mich zur Geschäftsordnung!*)

Sie können sich bitte zur Geschäftsordnung melden. (*Allgemeine Unruhe*)

Herr Kollege Kölly! Erst nachdem wir abgestimmt haben.

**Abgeordneter Manfred Kölly** (LBL): Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass gesagt wurde, dass 20 „Ja“ Stimmen, 15 „Nein“ Stimmen und 1 ungültige abgegeben wurden. Aber ein Abgeordneter fehlt! Wie kann das sein? Hoppala! Wir sind nur 35! Das Ergebnis ergibt jedoch 36. Zählt doch einmal zusammen! (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir werden das dann ohnehin revidieren!*) Das ist ja wirklich sehr interessant! Zählt doch einmal zusammen. (*Allgemeine Unruhe - Abg. Mag. Thomas Steiner: 35 sind anwesend, aber 36 haben abgestimmt! Das werden wir uns sowieso anschauen!*) Genau! Erklärt mir das noch einmal: Wie geht denn das?

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö** (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Kollege Kölly! Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung. Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf - so wie soeben in zweiter Lesung beschlossen - auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Bgld. Abfallwirtschaftsgesetz 1993, das Burgenländische Elektrizitätswesengesetz 2006, das Bgld. Familienförderungsgesetz, das Burgenländische Jugendförderungsgesetz 2007, das Landes-Wirtschaftsfördergesetz 1994, das Bgld. Landwirtschaftsförderungsgesetz, das Bgld. Musikschulförderungsgesetz, das Burgenländische Naturschutz- und Landwirtschaftspflegegesetz, das Burgenländische Raumplanungsgesetz, das Burgenländische Rettungsgesetz 1995, (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen*) das Burgenländische Seniorengesetz 2002, das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000, das Burgenländische Sportgesetz, das Burgenländische Wohnbauförderungsgesetz 2005, das Bgld. Schulaufsichtsgesetz und das Burgenländische Landesbezügegesetz geändert werden, ist somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

Herr Kollege Kölly! Sie können sich nun zur Geschäftsordnung melden.

**Abgeordneter Manfred Kölly** (LBL): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Bevor man in eine Sitzung geht, sollte man sich vorbereiten. Auch ich muss mich in der Gemeinde vorbereiten. Auch dort können Fehler passieren.

Aber, das ist ja wirklich das Letzte. Ich weiß, dass die ganze Diskussion sehr komplex ist. Da bin ich bei den Grünen, die gesagt haben: Hallo, da müssen wir schon das eine oder andere extra abstimmen oder auch abstimmen lassen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Siehe da, es kommt tatsächlich zur Abstimmung, wie man es sich richten will. Zwei sind bei der ersten Abstimmung aufgestanden. Somit wäre das für mich klar gewesen.

Abgelehnt. Ist ja kein Problem. Das nächste Mal sitzen wir alle da und kommen drauf, dass eigentlich eine Person fehlt. Genau auf die kommt es an. Dann sagt man: Tut mir leid, wir müssen noch einmal abstimmen. Das ist für mich als Bürgermeister in einer Gemeinde demokratisch nicht mehr nachvollziehbar.

Ich sage Euch das noch einmal. Dann kommt es auch zur Abstimmung mit den Stimmzetteln. Dann gibt es 20 „Ja“, 15 „Nein“ und eine ungültige Stimme. Es gibt aber nur 35 Abgeordnete hier im Sitzungssaal des Landtages, die mitstimmen können. Der eine ist nämlich auf Urlaub, ich vergönne es ihm wirklich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, dann stimmt dabei etwas nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren! Da muss ich nicht rechnen können, da muss ich was anderes können. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Alles geht!)* Seid mir jetzt bitte nicht böse. Soweit zur Geschäftsordnung und zu dieser Abstimmung.

Ich weiß, dass es am Anfang immer Hoppalás, immer Probleme gibt, aber für Herrn Landeshauptmann Niessl ist das sicher nicht der schönste Tag heute, wenn er sich das anschauen muss und zuhören muss, in dieser Sache. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher glaube ich, dass diese Abstimmung komplett ungültig ist und dass wir von vorne anfangen müssen. Aber nicht heute, sondern irgendwann anders. Glaubt mir das einmal. Danke schön. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Bravo! - Beifall bei der ÖVP)*

**Dritte Präsidentin Ilse Benkö:** Danke Herr Abgeordneter. Es ist richtig, es kommt zur Korrektur, denn es waren tatsächlich 35 abgegebene, 14 mit „Nein“, 20 mit „Ja“. *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten - Allgemeine Unruhe)* Aber, ich bitte die Nerven zu bewahren, denn im Protokoll stehen ja ohnehin die Namen und man kann das dann im Protokoll nachlesen. *(Abg. Manfred Kölly: Wer liest denn das im Protokoll noch nach?)*

Ich gehe davon aus, dass jeder aufmerksame und ordentliche Abgeordnete sein Protokoll nachliest. Danke Herr Abgeordneter. *(Mit „Ja“ haben folgende Landtagsabgeordnete gestimmt: Benkö Ilse, Brandstätter Killian, Mag. Drobits Christian, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Hergovich Robert, Illedits Christian, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Mag. Maczek Kurt, Molnár Géza, Prohaska Doris, Dr. Rezar Peter, Mag. Richter Johann, Sack Edith, Salamon Ingrid, Schnecker Ewald, Sodl Wolfgang, Stampfel Karin, Wieseler Markus. Mit „Nein“ haben folgende Landtagsabgeordnete gestimmt: Fazekas Patrik, Hirczy Bernhard, Mag.<sup>a</sup> Petrik Regina, Mag.<sup>a</sup> Resetar Michaela, Rosner Georg, Mag. Sagartz, BA Christian, Spitzmüller Wolfgang, Steier Gerhard, Mag. Steindl Franz, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Temmel Walter, Ulram Markus, Mag. Wolf, M.A. Christoph. Der Landtagsabgeordnete Manfred Kölly hat beide Stimmzettel abgegeben, daher nicht zuordenbar! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*